

Danziger Zeitung.

Nr 10671.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Lettnerhagergasse Nr. 4 und bei allen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezahlt 5 M. — Interessenten für die Beiträge über deren Konto 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Anzeigenanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Novbr. Auf der heutigen Tagesordnung des Abgeordnetenhauses stand die Interpellation des Abg. v. Stablewski, betreffend die Verhältnisse der Parochie Kosten, wo ein staatsreuer Pfarrer eingeführt ist. Minister Friedenthal erklärte, der Geistliche Brent sei streng nach den Vorschriften des Gesetzes in sein Amt eingeführt. Die Ausweisungen der Nebengesetzlichen sei durchaus gesetzlich erfolgt. Die Seelsorge in dem Provinzial-Correctionshause sei Sache der Provinzialstände, diese hätten den Pfarrer Brent angestellt. Ein Gewissenszwang sei nirgends geübt; wäre dies geschehen, so würde die Staatsregierung ihre Billigung aussprechen. Der Minister erörtert die Beschwerden über die angeblichen Beschränkungen der Gemeinde-Kosten bezüglich der Benutzung ihres Kirchhofes. Die Behörden hätten dabei lediglich die Umgehung und die Übertretung des Gesetzes bestraft. Die Regierung könne die Vorgänge beklagen, aber nicht zugeben, daß die Gesetze irgendwie verletzt seien, oder daß ein Gewissenszwang stattgefunden habe; alle derartigen Anklagen und Vorwürfe weise die Regierung zurück. Das Haus beschließt in einer Besprechung der Interpellation einzutreten. Im Sinne der Erklärungen des Ministers spricht der Abg. Wachler (Schweidnitz), im Sinne des Interpellanten sprechen die Abg. Windthorst und Schorlemers-Alst. Der Abg. v. Meyer (Arnswalde) erklärt Namens „zahlreicher protestantischer Männer“, daß dieselben den Culturkampf detestieren, und hofft auf ein verschüchtertes Entgekommen behufs Beendigung des Kampfes. Der Abg. Danzenberg schließt sich den Klagen der Redner aus dem Centrum an. Der Abg. Gneist wahrnt den Standpunkt der linken Seite des Hauses gegenüber demjenigen des Abg. v. Meyer und nimmt die Behörden gegen den Vorwurf rigoroser Handhabung der Gesetze in Schutz. Der Redner untersucht weiter die Mittel und Wege zur Herstellung des Kirchenfriedens und versucht die Notwendigkeit des Nachgiebigkeits seitens der Centrumpartei darzulegen. Der Abg. v. Jazdzewski spricht im Sinne der Interpellation. Die Discussion wird geschlossen und die Vertragung der Debatte beschlossen.

Paris, 23. Novbr. Das neue Geschäftsministerium hat sich heute Vormittags definitiv konstituiert. Dasselbe besteht aus Rocheboué — Präsident und Krieg, Banville — Auswärtiges, Welche — Inneres, Lepelletier — Justiz, Dutillier — Finanzen, Ozanne — Handel, Graesse — Arbeiten, Faye — Unterricht.

Paris, 23. Nov. Rouxin ist zum Marine-Minister ernannt. Seitens der Linken wird die Interpellation, betreffend die von dem neuen Ministerium einzuhaltende Politik, vorbereitet und zur Discussion gebracht, sobald die Minister in der Kammer erscheinen.

Naturforschende Gesellschaft zu Danzig.

In der Sitzung vom 31. October hielt Herr Astronom Kayser einen Vortrag über die Trabanten des Mars und über die Refractions-constante.

Mit Zunahme der Entfernung des Mars von der Erde seit dem August d. J., da er uns bis auf 7—8 Millionen Meilen nahe kam, bis zum Novbr. hin, wo der Abstand 12 Millionen beträgt, hat sich die Helligkeit des so intensiv mit rohem Lichte leuchtenden Planeten bedeutend vermindert, und es ist demnach zu bemessen, wie wenig er in seiner weitesten Entfernung von etwa 52 Mill. Meilen auffallen wird. Zu Zeiten, wann er in der Erdnähe sich befindet, ist denn auch schon seit 200 Jahren sein physische Beschaffenheit mittel der größten Fernrohre studirt worden, man hat eine constante Gruppierung von rothen und blauen Flecken erkannt, und jene als Land, diese als Wasser gegeben. Ohne Zweifel können wenigstens die weißen Partien an den Polen seiner ähnlich wie bei der Erde geneigten Axe als Eis aufgefaßt werden, da das Wachsen und die Abnahme dieser Flecken entsprechend dem Charakter der herrschenden Jahreszeit vor sich gehen.

Hin und wieder sind Entwürfe der Marsoberfläche gemacht worden. Der Vortragende zeigte eine Kugel vor, worauf die jüngst in den Pariser Comptes Rendus von Flammarion veröffentlichte areographische Karte übertragen ist, und teilte die leicht auf der Kugel zu vermessenden Flächenzahlen der Continente und Oceane mit. Das Verhältnis von Wasser zu Land stellt sich nahe auf 2 : 5, also anders wie auf der Erde, wo es 3 : 1 lautet. Die ganze Wasserfläche 2 wird zusammen gesetzt von den Zahlen 0,8 auf der nördlichen Halbkugel und 1,2 auf der südlichen. Die große Excentricität der Marsbahn, wonach die Entfernungen von der Sonne zwischen 27 und 32 Millionen Meilen variiren können, veranlaßt auf der nördlichen Hemisphäre lange mäßige Sommer und kurze milde Winter, dagegen auf der südlichen kurze heiße Sommer und lange harte Winter. Troch eisfrigen Suchens hatte man in früheren Zeiten nie einen Mond beim Mars erkannt, bis uns das Telegramm des 19. August von der Entdeckung zweier Trabanten durch Asaph Hall auf der U. S. Naval Sternwarte zu Washington

Das Communalsteuer-Gesetz.

Die Grundsätze der Communalbesteuerung sind gelegentlich der früheren Berathungen über die verschiedenen Städte- und Gemeindeordnungen in den beiden Häusern des Landtags mehr nur cursorisch zur Erörterung gelangt; der jetzt dem Abgeordnetenhaus vorliegende Gesetzentwurf will jene Grundsätze allgemein gütig feststellen und wird daher zu einer umfassenden prinzipiellen Erörterung Anlaß geben. In den Versammlungen des Congresses deutscher Volkswirthe und des socialpolitischen Vereins ist wiederholt über das Thema der Gemeindeabgabe debattirt worden; es ist dies noch zuletzt vor wenigen Wochen auf der Generalversammlung des letzteren Vereins geschehen; auch ist eine verhältnismäßig reiche Literatur über diese Frage vorhanden. Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses werden sich auf einem Gebiete bewegen, welches bereits von theoretischen Anschaungen sehr verschiedener Art eingenommen ist, die sich bei dieser Vorlage zur praktischen Geltung zu bringen suchen werden, und daneben werden die praktischen Erfahrungen, welche zahlreiche Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Communal- und Staatsbeamte zu machen Gelegenheit hatten, für und wider die verschiedenen Theorien ihr Gewicht in die Waagschale werfen.

Zwei allgemeine Gesichtspunkte heben sich in der Vorlage von dem sehr reichen Detail derselben ab. Der erste Gesichtspunkt faßt sich zusammen in der Freimachung der Gemeinden von der Gesellschaft des Staatssteuersystems. Nur für die Klassen- und Klassificirte Einkommensteuer wird die Form der „Communalzuschläge“ oligaratisch gemacht, indem § 6 besagt: „Besondere direkte Gemeindeabgaben, welche unmittelbar auf das Einkommen gelegt sind, dürfen weder erhoben, noch neu eingeführt werden.“ An Staats-, Grund-, Gebäude- oder Gewerbesteuer können durch Regulative, welche der Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen unterliegen, besondere Gemeindeabgaben vom Grundbesitz oder Gewerbebetrieb (mit Ausschluß des Gewerbebetriebes im Umberziehen) eingeführt werden. Mit Ausnahme der unmittelbar auf das Einkommen gelegten besonderen direkten Gemeindeabgaben können alle sonstigen, die da bestehen, beibehalten und auch neu eingeführt werden, jedoch nur unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde und im letzteren Falle nur unter staatswidriger Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen.

Der zweite Gesichtspunkt, welcher die Vorlage beherrscht, ist die von sehr maßgebender Stelle ausgehende Begünstigung des indirekten Steuersystems. Es sollen (§ 7) für die Forterhebung oder neue Einführung indirekter Gemeinde-Abgaben (wir erinnern abgesehen von der in § 7 besonders namhaft gemachten Schlachtsteuer namentlich an den Communalzuschlag zur Braumalzsteuer) die nämlichen Vorschriften, wie für die besonderen direkten Gemeindeabgaben gelten. Wegen Forterhebung der Schlachtsteuer als Gemeindeabgabe bewendet es bei den Vorschriften des

dieselbe, wie die Mahlsteuer, als Staatssteuer aufgehenden Gesetzes vom 25. Mai 1873. Die Vorlage begünstigt aber nicht blos die Wieder einföhrung der Schlachtsteuer in denjenigen früher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten, welche von der Befugnis der Beibehaltung der Schlachtsteuer als Gemeindeabgabe keinen Gebrauch gemacht haben, unter den Bedingungen des citirten Gesetzes und mit der dort vorgegebenen ministeriellen Genehmigung; sondern sie läßt auch ganz allgemein unter den nämlichen Bedingungen die Neueinföhrung der Schlachtsteuer als Gemeindeabgabe zu. Zur Einföhrung anderer indirekter Gemeindeabgaben gibt der betreffende § 7 keine Anleitung; hier ist dem fiscalischen Scharfsinn freies Feld gelassen.

Namentlich über diesen § 7 werden die Ansichten sehr geteilt sein. Die für die Wieder einföhrung und Neueinföhrung der Schlachtsteuer in den „Motiven“ aufgezählten Gründe, die im wesentlichen auf den Widerwillen der Bevölkerung der früher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte gegen die Zahlung höherer Klassen- und Gemeindeabgabe-Zuschläge zurückzuführen sind, werden der eingehendsten Prüfung zu unterwerfen sein. Es handelt sich dabei nicht blos um Vorschubleistungen für die fiscalische Maxime, die Steuern möglichst in einer solchen Form zu erheben, daß der Steuerzahler nicht merkt, wer die Hand in seinem Beutel hat und wie viel ihm daraus im Laufe der Zeit entnommen wird, sondern es sprechen dabei mit Rücksichten auf die gerechte Vertheilung der Gemeindeabgaben, auf die Erhaltung der großen Volksmassen bei körperlicher Kraft und Gesundheit, auf die Vorbeugung demoralisirenden Schmuggels, auf die Freihaltung des Verkehrs von lästigen Hemmnissen. Wie die „enorme Steigerung der directen Steuern“ vorüber in manchen Städten gefragt wird, durch Wieder- oder Neueinföhrung der Schlachtsteuer abgestellt werden soll, ist nicht recht ersichtlich. Der Extrakt der Schlachtsteuer pro Kopf der Bevölkerung läßt sich sehr leicht berechnen und ihr Wegfall kann nur für die Erhöhung der directen Steuern um die berechnete Quote verantwortlich gemacht werden. Nicht der Wegfall der Schlachtsteuer, sondern die enorme Steigerung der Ausgaben der Communalverwaltung ist der Grund für die enorme Steigerung der directen Steuern in manchen Städten; will man daher diese Steigerung abstellen, so ist vor Allem auf eine Ermäßigung der Ausgaben hinzuzuwirken.

Es wird auf alle diese Punkte bei der Berathung der Vorlage zurückzukommen sein und es werden sich damit Ausblicke auf die für das Steuersystem in Staat und Reich beabsichtigte Umgestaltung verbinden. Wir sehen hier noch ab von einzelnen Bestimmungen der Vorlage, welche wichtige staatsrechtliche Fragen berühren, wie z. B. die Aufrechterhaltung der Steuerprivilegien der Geistlichen, Beamten u. s. w. Die Schwierigkeit des Gegenstandes läßt kaum erwarten,

dass seine legislative Erledigung schon in der gegenwärtigen Session erfolgen werde; man wird zufrieden sein müssen, wenn sich die Ansichten so weit gefaßt haben, daß für die nächste Session der Abschluß in Aussicht genommen werden kann.

Deutschland.

× Berlin, 22. Novbr. Die Wegeordnungskommission berieb in ihrer letzten Sitzung den Abschnitt von den Verpflichtungen Dritter in Beziehung auf den Wegebau. Für ländliche Kreise ist von Interesse, daß die Commission dem Sache des § 65 der Regierungsvorlage, nach welchem von den an einem öffentlichen Wege stehenden Bäumen oder Hecken die überhängenden Äste und Zweige, soweit nötig, von den Eigentümern der betreffenden Grundstücke ohne Anspruch auf Entschädigung weggeschafft werden müssen, zwar zugestimmt, die beiden anderen Sätze aber, nach welchen bauliche Anlagen aller Art, Einhegungen, Bäume und Sträucher in Zukunft in der „zur Austrocknung des Weges erforderlichen Entfernung“, jedoch höchstens 3 Meter, von demselben zurückbleiben, sowie beim Infratretten des Gesetzes bereits vorhandene Pflanzungen, sei es mit, sei es ohne Entschädigung, nach Anordnung der Behörde zur Austrocknung des Weges gestrichen oder fortgeschafft werden müssen, geschriften hat. Eine eingehende und principiell wichtige Discussion entspann sich über § 66. Derselbe bestimmt in seinen beiden ersten Sätzen: „Wird ein öffentlicher Weg in Folge des Betriebes von Fabriken, Bergwerken, Steinbrüchen, Biegeln oder ähnlichen Unternehmungen in erheblicher Weise dauernd abgenutzt, so hat der Unternehmer nach Verhältniß der dem Unterhaltungsplädiogen dadurch entstehenden Mehrkosten einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung des betreffenden Weges zu leisten. Wird die Anlegung von neuen oder die Verlegung oder bessere Einrichtung von bestehenden Wegen durch derartige Unternehmungen notwendig, so hat der Unternehmer nach Verhältniß seines Vortheils auch einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der neuen Wegeanlagen zu leisten“. Die Commission zeigte sich mit dem Grundgedanken dieser Bestimmungen durchaus einverstanden, nur hegte man Zweifel an der praktischen Durchführbarkeit. Es wurden fälschlich einige Aenderungen in der Fassung angenommen, durch welche eine größere Sicherheit geschaffen werden soll, daß die Heranziehung des öffentlichen Weges im Privatinteresse ganz unzweifelhaft stattfindet. Der letzte Absatz des Paragraphen will, daß auf die Unternehmer von Eisenbahnanlagen die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung finden sollen. Hier nahm die Commission eine Aenderung in dem Sinne vor, daß die Nichtanwendung nur für den Fall klar greifen soll, wenn die Eisenbahnanlage dem öffentlichen Interesse dient, während sonst die betreffenden Bestimmungen des Eisenbahngesetzes von 1838 aufrecht erhalten bleiben sollen.

Die neuesten zwei Bändchen „Reiseindrücke aus dem Südoosten“ (Stuttgart bei Aug. Berth-Auerbach) führen uns zuerst wieder nach Ungarn, dann nach Istrien, Dalmatien, Montenegro, Griechenland und der Türkei, über welche Braun uns früher schon in einem Buche unterhalten hat. Da finden wir denn Charakteristiken berühmter ungarischer Volksführer, historische und wirtschaftliche Skizzen, gastronomische und Weinstudien. Braun belehrt uns mit derselben Gründlichkeit, mit der er uns kurz vor „Szechuen“ oder „Deaf“ geschildert, über die Bereitung eines guten Gulyasch. Die Hirten und Bauern sollen diese Nationalspeise am besten zu Kochen verstehen. Sie schneiden frisches kräftiges Ochsenfleisch in Würfelform in einen Kessel oder eine Pfanne, gießen nicht zu viel Wasser darauf, würzen das Ganze während des Kochens mit Salz, Paprika, Zwiebeln und etwas Kümmel und lassen es zu dicker Brühe einfieden. Außer für dieses Gulyasch schwärmt der rheinische Feinschmecker auch noch für eine Fischsuppe Hasalaç, die man an der Theiß kocht. Dort fängt man Schill, Karpfen, Hecht und Dic, Hausen, Wels, Stör und Sliol (Sterlett) in ungeheuerlichen Mengen. Sieben Fischsorten wandern in den Kessel, dazu nur Salz, Paprika, wenig Kümmel, das wird breitartig zerrührt und die delicate Fischsuppe ist fertig. Unsere Hausfrauen würden gewiß, und wohl mit Recht, finden, daß ein gutes Stück Butter und einige Eidotter die Sache nicht verderben könnten.

Noch ausführlicher spricht Braun von den ungarischen Weinen, wobei er freilich meist einen Bericht der Budapester Handels- und Gewerbezimmer benutzt. Wenn wir von Ungarweinen reden, so meinen wir meist die schweren Dessertweine, die Tokayer Auslese. Diese bilden aber den geringsten Theil der ungarischen Weinernte, 12 000 Eimer gegen 250 000 der gesammelten Production. Es gibt unter diesen Rothweine, die dem besten Bordeaux, weiß, die den Producten des Rheingaus ebenbürtig sind oder werden könnten, wenn man sie rationeller behandeln wollte. Weil dies nicht geschieht, weil der Bauer früh- und spätreife, edle und gewöhnliche, weiße und blaue Trauben zusammen baut und keltert, weil der Weinhandler das Geschäft nicht versteht die einzelnen Sorten an den Markt zu führen,

Seehorizontes. Der Vortragende führte näher aus, daß die in vielen geodätischen Werken und Handbüchern übliche Relation

$$1 - \frac{k}{2} = e \sin 1'' \sqrt{\frac{r}{2h}}$$

auf die Voraussetzung einer an den Meeresrand gezogenen Tangente von konstanter Größe sich stützt, daß diese Voraussetzung der Natur des Phänomens zuwiderlaufe und daß die correcte Formel lautet:

$$1 - k = \left(e \sin 1'' \right)^2 \frac{r}{2h}$$

Den Nachweis findet man in der in den Schriften der naturforschenden Gesellschaft publicirten Arbeit: „Beobachtungen über Refraction des Seehorizontes und Leuchthörnchen von Hela ec.“

z Reise-Eindrücke von Karl Braun.

Karl Braun ist ein eigenthümlicher Schriftsteller. Man lernt und erfährt recht viel von den erzählten Reise-Eindrücken. Von allen aber erhalten wir den Eindruck, als ob der gewandte und vielseitige Publicist zuvor eine Menge von Lesefreuden und Wissensstoffen in sich aufgenommen und dann erst die voraußstudirten und ausgebeuteten Länder bereist habe, um seinen Darstellungen die ergänzende Lokalfärbung, vor allem aber den Ritt zu geben, der die ad hoc gewonnenen einzelnen Lesefrüchte zusammenhält, aus ihnen ein Ganges formt. Deshalb fehlt diesen Reiseberichten meist das, was Reisebeschreibungen so anziehend macht, die Fröhlichkeit und Unmittelbarkeit des Eindrucks, die Lebhaftigkeit der Stimmung, die Wärme des Lokaltons. Dafür aber urtheilt Braun auf politischen und wissenschaftlichem Gebiete scharf und meist richtig, er beobachtet gut, kennt Geschichte, Verfassung und Wirtschaftsleben der bereisten Gegenden genau und was er nicht weiß, das vermerket er als ein guter Geschäftsmann. Er wählt Actenstücke, Bücherauszüge, Verwaltungsberichte, Aufzeichnungen und Reden anderer, mit den betreffenden Ländern genauer bekannter Leute mit violem Geschick aus, versteht diese an geeigneter Stelle seinen Aufzeichnungen ungemein geschickt einzubereiten, so zwar, daß das Ganze immer auch den Eindruck eines Konglomerats macht, indessen dem Leser viele Belehrung und Klärung der eigenen oder überkommenen Ansichten bietet.

Zur Ergänzung unseres Berichts über die den Abschnitt von den Chausseen betreffenden Verhandlungen sei hier noch Folgendes mitgetheilt: Die Commission hat die künstlich ausgebauten Wege in die öffentlichen Wege eingereiht und die Bezeichnung „Chaussee“ nur für solche Straßen bestehen lassen, welche nach den Beschlüssen des Provinzialausschusses in das Verzeichniß der Chausseen aufgenommen worden. Auf demselben Wege sollen die Chausseen dieses Charakters entledigt werden. Scheidet eine Straße aus der Kategorie der Chausseen aus, so ließ der Regierungsentwurf über ihren Charakter und die Unterhaltungspflicht die Staatsbehörde entscheiden. Die Commission hat diesen Satz gestrichen und beschlossen, daß dem bisher Unterhaltungspflichtigen (Provinz, Kreis, Gemeinde) die Unterhaltungspflicht auch ferner verbleibt. Der Bestimmung der Regierungsvorlage, nach welcher die Berechtigung zur Erhebung von Chausseegeld fortan nicht mehr verliehen werden soll, hat die Commission zugestimmt.

Nach dem Aufsatz „Die Aerzte und das medicinisch hilfspersonal“ in den Monatsheften zur Statistik des deutschen Reichs bestanden 1876 in Deutschland 4416 Apotheken, 903 Dispensir-Anstalten. Von den Apotheken sind 1884 realberechtigt, 2092 personalberechtigt, 283 sonstige, 43 im Besitz der Krone, des Staats, der Gemeinden befindliche, und 114 Filialen. Unter den Dispensir-Anstalten befinden sich 466 Hausapotheke, 264 Militär-Anstalten und 163 bei Krankenhäusern. Als die ältesten unter den Apotheken (früher Stationarien genannt) werden bezeichnet: die in Ulm (1364), die in Nürnberg (1404), die in Leipzig (1409), die in Berlin (1488).

Die Abg. Brüel und Miquel haben mit Unterstützung zahlreicher Abgeordneten folgenden wichtigen Antrag, betr. die Feststellung bestimmter Grundsätze für die Gewährung von Staatszuschüssen an höhere Schulen, zum Etat des Cultusministeriums eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Der Königlichen Staatsregierung zu erklären, die Bewilligung der Positionen im Etat Capitel 124, Titel 3, 4 und 5 erfolgt mit der Bedingung, daß bei Gewährung der daraus fließenden Zuschüsse nach folgenden Grundsätzen zu verfahren ist: 1) Die Zuschüsse werden möglichst mit Rücksicht auf einen dauernden Bedarf bemessen. Ihre Gültigkeit wird durch Überschüsse einzelner Jahresrechnungen nicht ausgeschlossen. 2) Bei Schulen, welche von Städten oder anderen Gemeinden zu unterhalten sind, kommt neben der Vermöglichkeit der Gemeinde überhaupt, insbesondere das Verhältnis in Betracht, in welchem deren Ausgaben für höhere Schulen zu ihren sonstigen Ausgaben stehen. 3) Die Bewilligung erfolgt in der Regel periodisch auf eine Reihe von Jahren, nach deren Ablaufe die Verhältnisse von Neuem geprüft werden. 4) Die Bewilligung kann an die Bedingung geknüpft werden, daß von Seiten der Unterhaltungspflichtigen während der Dauer der Bewilligungszeit bestimmte Leistungen zu Gunsten der Schule erfolgen. 5) Die Bewilligung berechtigt, unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen über die Befugnisse der Oberrechnungskammer, zu einer Einwirkung auf die Schulverwaltung nur so weit, daß, bei Vermeidung der Zurückziehung oder Kürzung des Zuschusses, Vorlegung von Etat und Rechnung zur Kenntnahme gefordert und ordnungsmäßige Erhaltung der Schule, sowie Einhaltung der etwaigen besonderen Bewilligungsbedingungen (No. 4) verlangt werden kann.“

Der Magistrat hat sich gestern in einer außerordentlichen Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob den Angestellten der Gasanstalten, der Wasserwerke und ähnlicher industrieller Unternehmungen, welche die Stadtgemeinde noch gründen möchte, z. B. des Viehhofes und der Schlachthäuser, gesetzlich die Steuerprivilegien der städtischen Beamten zustehen oder gewährt werden sollen.

Nach einer eingehenden Debatte, der ein Referat der beiden Syndici vorausging und in der die früheren Vorgänge in Bet्रeit der Anstellung der Angestellten der Gasanstalten und die den Angestellten günstige Entscheidung der königlichen Regierung zu Potsdam in einem Specialfall allseitig beleuchtet wurden, sprach sich der Magistrat durch Mehrheitsbesluß gegen die Anerkennung der Ansprüche der bezeichneten Angestellten auf die Beamten-Privilegien aus. Da einzelne der Angestellten sich bereits mit ihren Beschwerden an die königliche Regierung zu Potsdam gewendet haben, so wird der Magistrat seine Ansicht der Aufführung der Behörde folglich darlegen und deren Zustimmung beantragen. In einem Punkte waren alle Mitglieder des Magistrats einig, nämlich darin, daß das neue Communalsteuer-Gesetz alle Steuer-Privilegien der Beamten, Geistlichen, Lehrer u. s. w. beseitigen solle.

Bremen, 22. Nov. Bekanntlich hat Senat und Bürgerschaft der freien Hansestadt Bremen im April d. J. eine Deputation niedergesetzt, welche darüber berathen und berichten soll: „ob und wie weit die Freihafenstellung Bremens aufgeweitet werden kann. Die Berathungen haben, nachdem die von der Handelskammer, Gewerbeammler und Landwirthskammer eingeforderten Gutachten fürstlich eingegangen sind, nunmehr wieder aufgenommen werden können. Das Resultat der am 19. d. stattgefundenen Sitzung hat eine fahrbare Gestalt gefunden, indem beschlossen ist, daß für den event. erfolgenden Anschluß des ganzen Bremerischen Staatsgebietes die Dockanlagen in Bremerhaven als Freidocks erklärt werden müßten. Reichsweit dürfte gegen eine derartige Bedingung wohl kaum ein Bedenken obwalten.“

Frankreich.

Paris, 21. Novbr. Im Elysée wird befürchtet, daß man ungeachtet des gestrigen Sieges im Senat nicht lange Herr der Lage bleiben wird. Dufaure's Rede hat besonders in der Provins einen gewaltigen Eindruck gemacht. Der Budget-Ausschuß versammelt sich morgen. Die Untersuchungen wegen der Bildung des neuen Ministeriums dauern fort. Rochebouet hat, dem Bernechen nach, sein Alter und seine schwache Gesundheit als Grund angegeben, um das ihm angebotene Portefeuille abzulehnen; es ist jetzt vom General du Barrail als künftigem Kriegsminister die Rede. — Gestern, am 20. November, sind vier Jahre von den sieben abgelaufen, für welche der Marschall Mac Mahon an die Spitze der französischen Republik gestellt ist. In der Pariser Presse aller Schattirungen ist dieser Jahrestag spurlos vorübergegangen. — Wie die „France“ in Erfahrung bringt, hat der Finanzminister schon Sonntag folgendes Rundschreiben erlassen: „Paris, 18. November. An die Generaldirektoren, Directoren und Generalzahmeister. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 15. d. M. beschlossen, daß ein Ausschuß von 33 Mitgliedern zu einer parlamentarischen Enquête schreiten soll, deren Gegenstand Ihnen bekannt ist. Dieser Beschuß, dessen Ausführung in verschiedenem Betracht die Rechte der executive und der richterlichen Gewalt berühren kann, hat weder für die Agenten der Regierung, noch auch nur für die gewöhnlichen Bürger irgend welche verpflichtende Kraft. Die Regierung glaubt also nicht, sich daran betheiligen zu dürfen. Ich fordere Sie demnach auf, in keinerlei Verbindung mit dem Enquête-Ausschuß oder den Mitgliedern desselben, welche sich in Ihr Departement begeben könnten, zu treten, ihnen kleinerlei Schriftstücke oder Aufschluß zu liefern, auch kein Losal für die Abhaltung ihrer Versammlungen zur Verfügung zu stellen, mit einem Worte, ihren Arbeiten weder insgeheim noch mittelbar Beifand zu leihen. Sie werden diese Instructionen gefälligst sofort den Ihnen untergebenen Beamten übermitteln und über ihre strenge Beobachtung wachen. Ich bitte Sie auch, mir den Empfang dieses Circulars zu bescheinigen. Der Finanzminister. G. Caillaux.“

lischen Gewerben das am wenigsten lohnende, und der Staat trägt mit einer unmäßigen Steuerlast dazu bei, sie noch schlechter zu stellen.

In einem anderen Capitel sucht der Verfasser nachzuweisen, daß schon vor Menschenaltern in Wien eine Partei bestanden hat, welche die ganze Monarchie in die ungarische Staatsform hat zusammenzuschweißen wollen. Es geht durch die ganze neuere Geschichte der zweittheiligen österreichischen Monarchie immer wieder der Zug sich auf Ungarn zu stützen, den „Schwerpunkt nach Osten zu verlegen“, wie Bismarck sich ausgedrückt, und schon dem Prinzen Eugen hat ein großes Ungarn vorgeschwebt von der Adria bis zum schwarzen Meere, zwischen den Alpen, den Karpathen und dem Balkan. Aber die westdeutschen Staatsmänner, welche öfter an der Spitze der österreichischen Geschäfte standen, die Petternich, Stadion, Wessenberg waren entschiedene Gegner solcher Pläne. Sie blickten nach Deutschland, nach Italien, nach dem alten Glanz des römisch-deutschen Kaiserthums und übersahen dabei die gebietserheblichen Forderungen der Zeit und der Weltlage. Unheilvoll ist solche Politik für ganz Europa gewesen, am unheilvollsten aber für Österreich selbst. Wir hätten wahrscheinlich dann nicht blutige Kriege zu führen gebraucht für Gründung eines deutschen Nationalreiches, würden heute in diesem Reiche nicht mit einem Stiche gleichberechtigter Souverainitäten rechnen müssen, Italien wäre längst ein einziger, einiger, consolidirter Staat und eine orientalische Frage gäbe es dann vielleicht heute nicht. Europa wird indessen an den damaligen Missgriffen Österreichs nicht zu Grunde gehen. Österreich selbst ist übler daran. Dort hat jede Politik den Boden unter den Füßen verloren, man schwankt, probirt, trägt den schwierigen Verhältnissen nach allen Richtungen Rechnung, nirgends aber mit der Aussicht, daß die gefassten Entschlüsse zum wahren Heile des Landes gereichen. Auf nichts kann Österreich in der heutigen Bedrängnis mit Sicherheit rechnen und hoffen als auf sein altes sprichwörtliches Glück und darauf, daß sein Bestand für Europa selbst eine Nothwendigkeit ist, daß es nicht zerfallen dürfe. Das ist aber kein schöner Trost für eine Großmacht, daß sie dem Bedürfniß anderer ihr ferneres Bestehen zum großen Theile dankt.

Die Blüthezeit des Tokayer Weinhandels fällt in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Als Schlesien von Österreich abgetrennt wurde, ging Breslau, der Hauptstapelpunkt für ungarische Weine verloren. Noch schwerer schädigte die Theilung Polens den ungarischen Weinhandel. In den Hauptabfahrtsgewässern erhoben sich jetzt Zollschanzen, der Weinconsum wurde dadurch und durch das Verarmen des polnischen Adels erheblich eingeschränkt. Diese Periode des Verfalls hat auf die Weiniculture schädigenden Einfluß geübt. Man pflanzte reichlich tragendere aber geringere Sorten auf die berühmten Aecker, der Szegsander, der Meneser, der Osener, die edelsten Rothweine sind dadurch verschlechtert worden. Den ungarischen Weißweinen fehlt (wie den meisten österreichischen ebenfalls) das Bouquet, welches den Rheinweinen ihren Wert verleiht. Die rheinische Rieslingrebe gedeiht in Ungarn ganz gut, ihr Anbau ist aber ein sehr geringer. Die Weinaustrahl ist denn auch sehr zurückgegangen. 1819—1827 betrug dieselbe 400 000 Etr., sank aber bis 1848 unter 200 000 und 1850 sogar auf 100 000 Etr. Die Traubentrunkheit der fünfzig Jahre in Frankreich hob die Nachfrage nach ungarischen Rothweinen wieder. Die gesammte Production läßt sich heute auf 12 Millionen Eimer veranschlagen. Sie wäre ohne Zweifel noch einer bedeutenden Vermehrung fähig und diese wird eintreten, sobald der Weinhandel für bessere Produkte bessere Preise zahlt. Jetzt ist der Weinbau in Ungarn von allen landwirthschaft-

— Die 8. Kammer des Pariser Zuchtpolizeigerichts verhandelte gestern gegen den „Reveil“ wegen eines Artikels, in welchem der Marschall Mac Mahon als ein Soldat ohne Ansehen bezeichnet wurde, der von den Bedingungen einer guten Regierung nichts verstände und von greisenhaftem Ehrgeiz besessen sei, der nicht ahne, welche Pflichten seinem Gewissen, seiner Ehre, seinem Patriotismus obliegen, den die Vorurtheile des Kastengeistes für die Rathschläge der Regierungswisheit wenig zugänglich machten u. s. w. Der Gerant, Chavouil, wurde zu drei Monaten Gefängnis und 3000 Fr. Strafe verurtheilt. — In den radicalen Pariser Arbeiterkreisen trägt man sich, wie dem „Figaro“ und der „Défense“ aus einer gestern in Montmartre unter dem Vorstehe des bekannten „Generals“ Bordone abgehaltenen Versammlung von Gewerkschaftsschüssen hinterbracht worden ist, mit dem Gedanken, eine feierliche Einladung an Garibaldi zu erlassen, er solle zur Weltausstellung von 1878 der Gast des Pariser Volkes sein und bei seinem Freunde Victor Hugo absteigen. — Don Carlos hat sich, wie es heißt, wieder in Paris eingefunden und wohnt gewissermaßen incognito in seinem Hause in Passy.

Italien.

Rom, 19. Novbr. Die ministeriellen Blätter bementen heute das Gericht, daß Graf Nobillani zum Minister des Neuküren ausersehen sei, und melden, daß derselbe gestern dem Könige seinen Abschiedsbesuch gemacht habe und nächster Tage auf seinen Posten nach Wien zurückkehren werde. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Comthu Crispini hat ihm zu Ehren gestern ein Diner gegeben, bei welchem mehrere andere Diplomaten und die Räthe der Krone erschienen waren. Nach dem Botschafter empfing der König den abgetretenen Botschafter Gagnarelli, welcher, wie uns aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, die nächste, sich ihm in der Deputirtenkammer darbietende Gelegenheit benutzen wird, um zu erklären, daß er die Ideen des Dr. Bertani und der Freunde desselben, die auf der äußersten Linken sitzen, nicht theile. Während die Oppositionsblätter melden, daß die Vereinbarung des Eisenbahnervertrages noch lange nicht zu Stande gebracht sei und daß der Siegelbewahrer daran viel zu beklagen gefunden, zeigen die offiziösen Journale an, daß der Entwurf von beiden Theilen genehmigt und von Deputirten schon am Tage der Wiedereröffnung des Parlaments auf den Präsidententisch niedergelegt werden würde, am 20. d. M., also morgen, gebene er, den Inhalt bereits in der Generalversammlung mitzuteilen, welche die dem Ministerium treu gebliebenen Progreßisten an diesem Tage abzuhalten beschlossen. Auf den Wunsch des Ministerpräsidenten wird der oben genannte Botschafter am Hofe des Kaisers Franz Joseph im nächsten Monat mit dessen Regierung wiederum Unterhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages beginnen. — Der Handelsminister macht bekannt, daß auch der Bey von Tunis die Ausfuhr von Getreide hat verbieten lassen, eine Maßregel, welche dazu beiträgt wird, die ohnehin schon theuren Preise der nothwendigen Lebensmittel hier noch mehr in die Höhe zu schaffen. — An den gestern hier stattgehabten Provinzialrats-Wahlen haben sich die Clericalen stark betheiligt und sind in geschlossenen Reihen erschienen, um ihre Kandidaten durchzubringen. In einem Wahllokal erschien der Herzog von Salviati, der berüchtigte Jesuitenfreund, an der Spitze von dreißig Geistlichen. Das Endresultat der Wahl ist noch nicht bekannt, man befürchtet aber, daß die Liberalen unterlegen sind. — Die Cardinal-Congregation, welche über die Frage, ob man den fremden Mächten das Recht des Veto bei der Wahl eines neuen Papstes auch ferner zu gestehen solle, ein Gutachten abgeben soll, hat erklärt, es sei juristisch zu constatiren, daß keine dieser Mächte ein solches Recht erworben habe, andererseits könne der heilige Stuhl auch solche „Rechte“ nicht verleihen, welche geeignet wären, dessen Ansehen und Unabhängigkeit zu vermindern. Diese päpstliche Behörde hat daher vorgeschlagen, in Bezug auf das Veto „nichts zu thun“, weil jede derselbe berührende Handlung zu dem Glauben verleiten könnte, daß die Curie „solche Rechte anerkenne.“ Die Congregation hat ferner in ihrem Gutachten die Hoffnung ausgedrückt, daß das heilige Collegium im nächsten Conclave seine Unabhängigkeit wahren werde. — Die Pilger aus Carcassonne werden vielleicht heute oder morgen von Pius IX. empfangen werden. Der Oberhaupt dieser Diözese gedenkt ihm 40 000 Ere Beitrag zum Peterspfennig zu zahlen zu legen. — Am Tage der Vermählung des Königs von Spanien mit seiner Cousine, der Herzogin Mercedes von Montpensier, wird der Nunzius in Madrid im Auftrage des Papstes derselben eine goldene Rose überreichen, welche bei einem hiesigen Juwelier bereits bestellt ist. (Die Auszeichnung ist für die junge Königin, da ihre Schwiegermutter auch diese „Eugenrose“ besitzt, nicht eben schmeichelhaft.)

England.

London, 21. Nov. Bis zum Beginn der Session werden noch nahezu drei Monate vergehen — wenigstens wenn die Dinge ihren gewöhnlichen Gang nehmen und kein Krieg dazwischen kommt — indessen müssen nach alter Bestimmung die sogenannten Privativvorlagen (zur Genehmigung von Bauten und dergleichen) jetzt schon eingereicht werden. Diese Privativvorlagen werden wesentlich anders behandelt als die öffentlichen. So weit sich das noch unvollständige Verzeichniß bereits übersehen läßt, scheint die Unternehmungslust nicht gegen andere Jahre vermindert zu sein. Obgleich England mit einem Eisenbahnen überzogen ist, welches ihm auf der Landkarte eine tiefräue Farbe verleiht, werden immer neue Bauconcessionen nachgesucht, allerdings nur für kurze Strecken. Die Hauptstadt soll, den Anmeldungen zufolge, mehrere neue unterirdische Bahnen erhalten. — Wie nun mehr gemeldet wird, hat sich das hiesige Postamt trotz des Widerspruchs der Banquierskreise zur Ausgabe von neuen Postanweisungen neben den bereits bestehenden entschlossen. Diese sogenannten „Postnoten“ werden den deutschen Anweisungen ähnlich und billiger sein als die gegenwärtigen. Es ist eine derartige Aenderung allerdings geboten. — Die Vertrauensmänner von

London haben eine Sympathie-Zeitung an sich die Auffändischen in den Besitz des Regierungsbüros, sowie der ganzen Stadt; ein Versuch der Grévy und Gambetta beschlossen. Ursprünglich war die Absicht gewesen, eine öffentliche Versammlung zu diesem Zwecke zu halten. Der „Friedensverein der Arbeiter“, von dem der Antrag ausging, hatte den Vorsitz dabei dem Unterhausbüroliede Samuel Morley angetragen. Schließlich einigte man sich auf obige Form der Kundgebung. Die Zeitschrift bezeichnet die Republik als die Regierungsförm, die allein Frankreich die Segnungen der Ordnung und der Selbstverwaltung zu gewähren vermag, und nennt die „Annäherung der Käfern- und Kloster-Regierung“ eine Gefahr für den Frieden Europas. Die Willkürhandlungen der Urheber des 16. Mai, ihre Knebelung der Presse, ihre Einschüchterungs- und Bestechungsversuche, ihre Angriffe auf alle Verfassungsgebräuche werden in Gegensatz gestellt zu der ruhigen, festen, gesetzestreuen Haltung der Republikaner. Scharf äußert sich das Schriftstück über die „Beschmutzung der heiligen Quellen der Rechtspflege“, modurch die Grundlage aller Stetigkeit im Staate, die Achtung vor dem Gesetz vernichtet werde. Zum Schlusse wird die Hoffnung ausgesprochen, daß es der republikanischen Partei gelingen werde das unschätzbare Gut einer geregelten parlamentarischen Regierung für Frankreich zu erlangen. Vielleicht ist die einzige Stelle der Zeitschrift, die zu eng gefaßt ist, die, wo es heißt: „Wir sind mit tiefer Antheilnahme und Sorge den Bemühungen gefolgt, die unsere Genossen vom Arbeitervolk in Frankreich machen, durch Ausübung ihres Wahlrechts eine Prediger der Unordnung zu überwinden, die ein großes Volk auf den Weg der Gesetzlosigkeit und zum Ruin zu leiten streben.“ Es vertieft sich von selbst, daß der Wahlsieg in Frankreich nicht lediglich durch den städtischen Arbeitervolk errungen werden konnte, der eine Minderheit in der Nation bildet. Weitauß der größere Theil des französischen Bürgerthums zählt ebenfalls zur republikanischen Partei. Die unbedingte Mehrheit der Kopfzahl aber liegt dort beim Bauernstand. Es ist bei politischen Fragen immer gut die Verhältnisse der Bevölkerungsstatistik in der Erinnerung zu behalten. Da übrigens die hiesigen Arbeiterclubs bei Auffassung ihrer Zeitschrift ganz auf sich angewiesen waren, so erklärt sich daraus jene sehr auf den Klassenstandpunkt den Ton legende Stelle.

Russland.

Moskau, 17. Novbr. Einige Friedensvermittlungen und Bedingungen des möglichen Friedens werden gegenwärtig von der russischen Presse besprochen und sehr verschieden beurtheilt. So sagt u. A. Fürst Wasitschow im „Sewerni Westnik“: „Obne im geringsten die Frage entscheiden zu wollen, ob jetzt irgend welche Vermittlungs-Vorschläge angenommen werden können, dürfte es nicht überflüssig sein, uns darüber aufzuklären, unter welchen Bedingungen ein Friede, wenn er uns geboten wäre, überhaupt wünschenswert erscheinen würde. Wir haben den Krieg mit dem deutlich ausgesprochenen Ziele der Befreiung der Slaven begonnen und dabei vor Europa die Verpflichtung übernommen, uns keinen Fußbreit türkischen Bodens in Europa anzueignen. Sehr wahr! Russland hat aber diese Verpflichtung weder auf Asien noch auf das Schwarze Meer ausgedehnt. Es könnte der Fall eintreten, daß Rumänen ferner nicht wünschte, als Operationsbasis unserer Armeen zu dienen und uns in strenger Neutralität von der Balkanhalbinsel abschneiden oder daß Destergebend, dem Drängen Ungarns und Galiziens nachgebend, zur Wahrung seiner Interessen an der Donau einschritte. Mit einem Worte: unsere Lage auf der Balkanhalbinsel ist eine so schwankende und die Linie, welche uns mit den Slaven verbindet, eine so lange, daß uns aller Einfluß auf ihre Zukunft benommen wird. Wir müssen einen anderen Stützpunkt, einen anderen Verbindungsweg suchen, wo wir weniger politischen Hindernissen, weniger verwirrten Interessen begegnen, und dieser einzige Weg ist das Schwarze Meer. Ohne territoriale Ausdehnung zu wünschen, müssen wir für unsere Friedensunterhandlungen einen Boden suchen, wo wir weniger Gegner als auf dem europäischen Continent begegnen, einen Boden, der uns zugleich einen materiellen Erfolg nicht nur in politischer Hinsicht, sondern hauptsächlich für unseren Handel und unsere Industrie gäbe. Das Schwarze Meer mit der Wiedergeburt einer russischen Kriegsflotte auf dem und die Freiheit der Meerengen sind dieser Boden.“ Droschender spricht sich Sovremenniye - Izwesje aus: „Die Gegner des gegenwärtigen Krieges — und ihre Zahl ist selbst in einflussreichen Sphären nicht gering — prophezeien, daß Russland außer materieller Erschöpfung und moralischen Verlusten nichts davontragen wird. Dasselbe sagen auch wir und sagt mit uns jeder echte Russe; wenn wir uns mit der Genugthuung unserer militärischen Ehre begnügen wollten: dann freilich wären unsere materiellen Mittel erschöpft, unser Credit in Europa untergraben, unsere Finanzen erschüttert. Das aber wird niemals geschehen! Russland trete an der Spitze eines Heeres von 800 000 Mann, verstärkt durch Hunderttausende von Rumänen, Griechen, Serben und Montenegrinern energisch auf und erlässe unerschütterlich seinen Willen, so wird die Vorhersagung der Befürworter zu Schanden werden. Welche Macht kann es wagen (jede) einem solchen Schritt vermittelnd entgegenzutreten, wenn Russland der gestürzten Türkei seine Bedingungen dictirt?“

Amerika.

Washington, 15. November. Die sogenannte Bland'sche Silberbill ist im Abgeordnetenhaus mit 163 gegen 34 Stimmen angenommen worden. Danach sollen wieder Silber-Dollars im Gewichte von 412 Gran geprägt und als gesetzliches Zahlmittel für alle öffentlichen und Privatschulden angenommen werden. Die Bill ist jetzt dem Senate vorgelegt worden.

— 19. November. Das Armeebudget gesetzt hat nunmehr beide Häuser des Congresses passiert. San Domingo. Puerto Plata, 22. Oct. Vom 26. September bis 3. October hat diese Stadt eine ziemlich ernsthafte Revolution durchzumachen gehabt. Der Gouverneur verließ das Regierungshaus bereits am Montag, den 24. September, und zog sich mit den übrigen Beamten und Truppen nach dem Fort zurück. Am 26. September setzten sich die Auffändischen in den Besitz des Regierungsbüros, sowie der ganzen Stadt; ein Versuch der

fremden Consuln, beide Parteien zu einer Verständigung zu bringen, scheiterte, und nachdem einige Stunden bewilligt worden, um die Familien in Sicherheit zu bringen, richteten die Aufständischen während 3 Stunden ein Gewehrfeuer auf die Regierungstruppen, welche dasselbe vom Fort aus mit Geschützen erwideren. Es kam hierbei leider auch zu Verwundungen verschiedener unschuldiger Personen und zur Beschädigung von Wohnhäusern und Geschäftsräumen. Während der folgenden Tage fanden ohne irgend welche Warnung fortwährend Gefechte statt, welche indeß zu keinem Resultat führten, bis am 3 October Verstärkungen von Monte Christi eintrafen, durch deren Hilfe die Aufständischen aus der Stadt vertrieben wurden. Bis jetzt ist die Ruhe in hiesiger Gegend wiederhergestellt, doch wird dieselbe schwerlich von längerer Dauer sein, da an den Grenzen aufs Neue die Anhänger des Ex-Präsidenten Gonzales sich gezeigt haben.

Danzig, 24. November.

Ein Kaiserlicher Erlass bestimmt in Abänderung der Festlegungen über den Anspruch einzelner Offiziere u. a. auf Gewährung von Dienstwohnungen im Garnisonverhältnisse, daß auch die in militärischen oder in anderen von der Militärverwaltung benannten Gebäuden vorhandenen Wohnungen, welche jolden Offizieren, Beamten und niederen Militärpersönern vorübergehend überlassen werden, welchen weder ein unbedingter noch ein bedingter Anspruch auf Dienstwohnung beigelegt worden ist, künftig ebenfalls als Dienstwohnungen anzusehen und zu behandeln sind, ohne daß durch Überlassung einer solchen Wohnung dem Inhaber derselben ein Anspruch darauf erwächst. Das Kriegsministerium soll den Zeitpunkt bestimmen, bis zu welchem die entsprechende Regelung dieser Angelegenheit zu erfolgen hat. Daraufhin hat dasselbe den 1. April 1878 als den Tag bezeichnet, an welchem die vorerwähnte Mietsh- in die Kleife der Dienstwohnungen treten. Die bestehenden Mietsh- verhältnisse sind zum 31. März 1. J. zu lösen. Sämtliche hier in Rede stehenden Wohnungen sind hinsichtlich ihrer Verwendung für die verschiedenen militärischen Chargen und Beamtenklassen nach Maßgabe des Tarifs für die Bewilligung von Wohnungs- gehaltsziffern zu klassifizieren. Zu diesem Beufe treten in den einzelnen Garnisonorten Commissionen zusammen, bestehend aus dem Commandanten, beziehungsweise Garnisonältesten, dem Garnisonbaumeister (oder dem Platzingenieur) und einem Offizier oder Beamten des betreffenden Verwaltungsbefehlssatzes.

* Wie wir hören, ist die Angelegenheit wegen Wiedereinführung des Hundemaukorbes, welche momentlich von der kgl. Regierung gewünscht, der vom Magistrat aber widergesprochen wird, jetzt den Ministerialbehörden zur Entscheidung unterbreitet worden.

* Dirschau, 28. Novbr. Aus dem vom hiesigen Magistrat der Stadtvorordneten-Versammlung erstatteten ausführlichen Berichtsbericht über das Jahr 1876 haben wir bereits einen kurzen Auszug gebracht. Der Bericht ist uns nunmehr im Wortlaut zugegangen. Wir entnehmen demselben folgende Mitteilungen: Auf dem Gebiete der Communal-Berwaltung sind im Laufe des vergangenen Jahres nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen. In erster Reihe steht unser Schulwesen. Den unausgesetzten Anstrengungen der städtischen Behörden gelang es alle Hindernisse zu beseitigen und die vorläufig aus den Klassen Septima bis incl. Tertia bestehende höhere Bürgerschule am 24. April 1876 mit einer Schülerzahl von 80 zu eröffnen, dieser Schule auch noch im Herbst desselben Jahres eine zweite Vor-

schule (Octava) hinzuzufügen und außerdem festzulegen, daß mit Ostern 1877 die Oberrealschule eingerichtet und ein dritter wissenschaftlicher Lehrer (für neuere Sprachen) angestellt werden sollte. (Diese Fortsetzung kann Ostern 1877 auch zur Ausführung gelangen.) Die in Rede stehende Anstalt erfreut sich großer Teilnahme seitens der Bewohner Dirschau's; die Zahl der dieselbe besuchenden Schüler beträgt gegenwärtig 278. Hoffen wir, sagt der Bericht, daß die Staatsregierung die aufs höchste angespannte Strenge kraft der hiesigen Bürger berücksichtigen und endlich den bereits seit mehreren Jahren erbetenen Staatszuschuß bewilligen werde, damit die hiesige höhere Schule weiter gefördert und zu einem geistlichen Abschluß geführt werden kann. Ein zweiter die städtische Verwaltung sehr lebhaft bewegender Wunsch betrifft die anderweitige Regelung der Servis-Berhältnisse. Dirschau gehört trotz seiner rasch gewachsenen Ausdehnung bis jetzt zur 4. Servis-Klasse. Zwar ist in einer dem Reichstage gemachten Vorlage die Verziehung in die 3. Servis-Klasse beantragt worden, diese Vorlage aber in der letzten Reichstagssession nicht mehr zur Beratung gekommen. Über auch diese Verbesserung hält der Dirschauer Magistrat für ungenügend, weil die Wohnungsmittel, die Preise für Brennstoffmaterialien und Consumtibilien in Dirschau ebenso hoch sind, wie in Danzig, das zur 1. Servis-Klasse gehört. Es ist daher die Verziehung in die 2. Servis-Klasse beim Reichskanzleramt beantragt, eine Entscheidung über den Antrag aber bisher nicht eingegangen. — Der Bericht enthält dann eine Menge statistischer Angaben über Mortalität, Gesundheits- und Verdunstnisse, Verkehrs-, Bau- und Schulwesen, die wir übergeben. Die Gesamt-Einnahme der Dirschauer Rämmerei-Verwaltung, einschließlich eines aus dem Vorjahr übernommenen Bestandes von 23 609 A., betrug 118 718 A., wovon 52 670 A. durch Communal-Einkommensteuer und 14 551 A. durch Schulgelde aufgebracht wurden. Die Ausgabe betrug 93 966 A., so daß ein Bestand von 24 751 A. in der städtischen Kasse verblieb. Die häufigsten Ausgaben waren: Besoldung der Magistrats- und Polizeidepartement 15 644 A., Besoldung der Lehrer und Angestellten für die Schule 32 168 A., Zinsen und Capitale abzahlungen 4057 A., städtische Kosten der Polizei-Verwaltung 6015 A., Ausgaben für das Stadtbarell 2245 A., für Bauten und Reparaturen 10 321 A., Armen-Verwaltung 9484 A.

Industrien an die Redaktion.

Für die im Hafen von Neufahrwasser mit Petroleum-Ladung ankommenden Schiffe werden zur Vermeidung von Feuergefahr die angegebneten Vorsichtsmaßregeln ergriffen, und zwar wird das Schiff unter Loosen, Feuerwehr und Polizei-Tag und Nacht gestellt. Die sämtlichen Schiffsschäden müssen am Lande übernachtet, und natürlich Feuer, Licht und Tabakrauchen an Bord ist strengstens verboten.

Durch diese Maßregeln entstehen dem Schiffe sehr bedeutende Kosten, welche für ein Schiff von 4- bis 5000 Barrel Tragfähigkeit 8- bis 90 A. betragen. Ueber die Notwendigkeit dieser Maßregeln ließe sich streiten, die Schiffe müssen mit Feuer und Licht den Ocean kreisen, und man hat nicht erfahren, daß dieselben mehr Feuerschäden erleitten als mit andern Gütern beladenen Schiffe; zudem ist zu erwägen, daß gerade ein Verbot, welches nach Meinung der Beteiligten überflüssig ist, zur Nebreitung anregt und erfahrungsmäßig heimlich gestaltetes Feuer und Licht viel gefährlicher ist als offen gestaltetes. Die Schiffe sind durch das frühere Verbot von Feuer und Licht in hiesigen Häfen eine lange Zeit hindurch belästigt worden, bis man endlich einfah, daß die Gestaltung keine besondern Gefahren verursachen würde, was sich auch tatsächlich bewährt hat. Doch

zugegeben, daß alle diese Vorsichtsmaßregeln notwendig sind, so bleibt es doch jedem Unbefugten unverständlich, daß man grade die einzige Maßregel, welche wirklich und effektiv die Feuergefahr auf ein Minimum beschränkt, gänzlich außer Acht läßt, und das ist die rasche Entlöschung der Schiffe.

Ein mit Petroleum beladenes Schiff kann bequem ohne außergewöhnliche Kräfte 600 Fass und mehr pro Tag löschen, doch werden während der Wintermonate unzureichend nur durchschnittlich 200 Fass täglich abgenommen, damit die Empfänger Zeit haben, die Ladung in kleineren Partien zu verkaufen und möglichst direkt zu verladen; thatsächlich werden hiernach die Schiffe als Lagerspeicher missbraucht, und die etwaige Feuer-

Gefahr um das Dreifache verlängert.

Die Kapitäne der fremden Schiffe haben sich in Folge der hiesigen Usance gerächt, außer bei vorerwähnten Kosten, dem Empfänger der Ladung auf Verlangen für jeden Tag, den das Schiff früher entloht wurde, die Summe von 2 Pf. Sterl. zu zahlen, um nicht die Gefahr zu laufen, hier überwinter zu müssen, ja es kam sogar der Fall vor, daß man ein Schiff (Norweger) mit den letzten 11 Fässern der Ladung noch 5 Tage hinkielte, indem die unzureichende Löschheit noch nicht abgelaufen war, und der Kapitän sich weigerte, obenerwähnte Summe per Tag zu zahlen.

Aber auch noch viele andere Interessen werden durch die lange Löschzeit der Petroleum-Schiffe geschädigt, thatsächlich herrscht ein ziemlich permanenter Mangel an Löschplätzen an der Eisenbahn längs des Kanals und es müssen häufig die Empfänger anderer Ladungen wochenlang warten, ehe sie einen Löschplatz an der Bahn erhalten können, während die Petroleum-Schiffe meistens unthalig liegen, die besten Löschstellen belegt halten.

Das vom Einseiter geführte Schiff hatte 4700 Fässer Petroleum geladen, und mußte demnach 24 Arbeitstage an der Löschstelle liegen, während es

ganz bequem in 8 Arbeitstagen entloht sein könnte, wie es in Bremen, Antwerpen, Stettin und andern Häfen geschieht.

Aus obigen Gründen erscheint es im Interesse des

Danziger Handels und der Danziger Schiffahrt

dringend geboten, daß die betreffenden Behörden endlich einschreiten und die schnellere Entlöschung der Petroleum-

Schiffe veranlassen.

L. R.

Briefkasten der Redaktion.

Hrn. A. R. in Nien-Bolten bei Liebstadt: Die betreffende Obertribunals-Entscheidung ist erst am 12. October d. J. gefällt, wird also in den gebrochenen Sammlungen der Obertribunals-Entscheidungen erst später erscheinen. Den Wortlaut des betr. Urteils besitzen wir nicht.

Aufrufungen beim Danziger Standesrat.

23. November.

Geburten: Aufseher Heinrich Jacob Jul. Teumer, T. - Rentier Gustav Julius Mantan, T. - Bäckermeister Johann Gussel, S. - Gefangen-Aufseher Julius Albert George Reinke, T. - Kupferschmid Friedr. Leopold Barth, S. - Schmiedemeister Herbin, Wendel, S. - Maurer Eduard Stubert, T. - Uhrmacher Adolf Aug. Schlosser, T. - Schiffszimmergesell Martin Aug. Hill, S. - Schankwirth Carl August Sotz, T. - 1 unehel. T.

Aufzobote: Lehrer Adolf Emil Jaszkowski in Cöln a. R. und Marie Franziska Selma Bräutigam, - Arbeiter Mich. Szczodrowski und Florentine Seefeld.

Hetrathen: Bäckermeister Heinrich Emil Hopstock und Meta Albertine Weller. - Schiffszimmermann Georg Gottlieb Julius Barendt aus Hennebeck und Marie Elisabeth Wisotki.

Todesfälle: T. d. Militär-Gerichts-Akvarius Jul. Herrn. Aug. Treuge, 1. J. - S. d. Schlosser

Gust. Adolf Lindenroth, 1. J. - Amalie Anna Schröder, geb. Schulz 55 J. - S. d. Schmieds Aug. Schnitter, 6 W. - Fuhrwerks-Inspector Carl Louis Tapolski, 59 J. - T. d. Arz. Kauski, 3 J. - T. d. Schiffszimmergesell. Carl Aug. Lufowitsch, 8 M. - S. d. Schiffszimmergesell. Job. Friedr. Lufowitsch, 14 J. - Tischlermeister Carl Aug. William Seelke, 52 J. - Unehel. Kinder: 1 S., 1 T.

Schiffswasser.
Neufahrwasser 23. Nov. Wind: SW
Gesegelet: Baibar (SD), Fredrik, Hull Getreide.
Nichts in Sicht.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 23 November.

Zeit. 22. 4½ cent. 104 104

Weizen gr. Staatsabz. 98,50 98,50

gerber 212,50 212,50 80. 3/4 pf. 82,90 82,90

November 209 209 do. 94,30 94,30

April-Mai 27 do. 101 100,90

September 139 139 Berg.-Märkt. 74,70 74,70

Nov.-Dez. 143 143 Bombardier. 134 34,50

April-Mai 27 do. 14,60

Brotkorn 27, 27 Rhein. Getreide 107,60 107,60

November 72,10 72 Do. 358,50 357,50

April-Mai 71,50 71,40 Do. 77,60 77,60

September 51,10 50,90 Do. 204 205

November 58,30 58,10 Do. 170,10 170,50

April-Mai 86,90 86,70 Do. 20 28

Dezerr. 4. Goldrente 63,70

Wochens. Barthen 203,35

Börsbörse fest.

Stadtverordneten-Versammlung

am Dienstag, den 27. November 1877,

Nachmittags 4 Uhr

Tagsordnung:

Geheime Sitzung.

Vorberathung über die Wahl von 6 unbesoldeten Stadträthen. — Wahl der Klassesteuer-Einschätzungs-Commissionen pro 1878. — Wahl eines Mitgliedes zur 19. Armen-Commission. — Gewährung einer Unterstützung.

öffentliche Sitzung.

Nachmittags 4½ Uhr

Wahl von 6 unbesoldeten Stadträthen. — Verpachtungs-Bedingungen bezüglich der städtischen Ländereien zu Bürgerwiesen betreffend. — Revision des Lehants. — Anlauf der Bördischen Vogelsammlung. — Wegfall der Pensionsbeiträge der Lehrer an der königlichen Gewerbeschule. — Verpachtung einer Fläche des großen Holländers. — Kosten der Herstellung des Brunnens am Allee-Warterhause. — Mehrkosten a. für Brennmaterialien pro 1876, — b. für Erweiterung der Schularme in Schiditz. — Aufstellung einer Petroleum-Laterne am ehemaligen Franziskanerkloster. — Bewilligung a. des Holzwerths für den Erweiterungsbau bei der Schule in Löblau, — b. einer Beihilfe für Beseitigung eines Vorbaues, — c. von Trottoirkosten, — d. von Stellvertretungskosten, — e. von Reisekosten-Entschädigung für Lehrer. — Niederschlagung von Wasserleitungsaufschlusskosten.

Danzig, 23. November 1877.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung.

gez. Bischoff.

Tod! Tod! Tod!

den Inseln, als: Wanzen, Flöhen, Motten, Schwaben, Fliegen, Ameisen, Mücken u. a. m. durch das von mir direct aus Persien bezogene

Inseln-Pulver. Blasebälge à 50 und 75 J.

Empfehlung dasselbe in Schachteln à 25, 50, 75 J. 1.20 und 3 M. ausgewogen billigst.

Inseln-Pulver. Blasebälge à 50 und 75 J.

Richard Lenz, Ecke der Pfaffengasse.

Unterzeichnete richtet an alle Brust-, Hals- und Lungen-Leidende.

Unterzeichnete richtet an alle Brust-, Hals- und Lungen-Leidende einige ernste Worte nicht in der Absicht, ein die Menge täuschendes werthloses Heilmittel anzupreisen, sondern weil er es als Pflicht erachtet, seine durch langjährige wissenschaftliche Studien gesammelten reichen Erfahrungen und Kenntniß zur heilsamen Nutzanwendung anzuzeigen.

— Es kann bei dem Ernst und der Vielseitigkeit mit der diese Leiden auftreten, nicht dringend genug gemacht werden, sich nicht von den mit überschwänglichen Reklamen empfohlenen Geheimmitteln, Surrogaten, Elixiren u. s. w., die oftals nur in gewünschter Absicht angepreist werden, täuschen zu lassen. Die Ursachen dieser Leiden, mögen dieselben auf Erkältungen, Entzündungen, Ausschweißungen, Blaichsucht, Bluteure, langes Stillen, übermäßige Anstrengungen, Ausfluss, erbliche Anlagen oder vorausgegangene andere Krankheiten zurückzuführen sein, erfordern eine äußerst vorsichtige Behandlung und die Menge besteht oft nicht genug aufzutretende Erscheinungen z. B. Hustensirup, anhaltende Heiserkeit, stechender Schmerz u. dgl. aus denen bei rechtzeitiger Behandlung gefährliche Leiden entstehen, die zur ernstesten Lebensfrage werden können. — Ich bitte allejenigen, welche entweder über Brust-, Hals- oder Lungenleiden klagen, sei es in den ersten Anfängen oder in dem äußersten Stadium des Krankseins sich vertraulich in francirenden Briefen an mich zu wenden und in kurzer Angabe den gegenwärtigen Stand des Leidens mitzutheilen. — Das Heilsverfahren, durch viele warme Danksworte, glücklich Heiler und die Anerkennung wissenschaftlicher Autoritäten empfohlen, erfordert weder kostspielige Badecure, noch grosse Kosten, sondern ist Jeder Mann, auch dem Unbemittelten, ohne wesentliche Opfer zugänglich und bietet sicher Gewähr einer baldigen Besserung und Heilung.

Brust-, Hals- u. Lungen-Leidende.

Unterzeichnete richtet an alle Brust-, Hals- und Lungen-Leidende einige ernste Worte nicht in der Absicht, ein die Menge täuschendes werthloses Heilmittel anzupreisen, sondern weil er es als Pflicht erachtet, seine durch langjährige wissenschaftliche Studien gesammelten reichen Erfahrungen und Kenntniß zur heilsamen Nutzanwendung anzuzeigen.

— Es kann bei dem Ernst und der Vielseitigkeit mit der diese Leiden auftreten, nicht dringend genug gemacht werden, sich nicht von den mit überschwänglichen Reklamen empfohlenen Geheimmitteln, Surrogaten, Elixiren u. s. w., die oftals nur in gewünschter Absicht angepreist werden, täuschen zu lassen. Die Ursachen dieser Leiden, mögen dieselben auf Erkältungen, Entzündungen, Ausschweißungen, Blaichsucht, Bluteure, langes Stillen, übermäßige Anstrengungen, Ausfluss, erbliche Anlagen oder vorausgegangene andere Krankheiten zurückzuführen sein, erfordern eine äußerst vorsichtige Behandlung und die Menge besteht oft nicht genug aufzutretende Erscheinungen z. B. Hustensirup, anhaltende Heiserkeit, stechender Schmerz u. dgl. aus denen bei rechtzeitiger Behandlung gefährliche Leiden entstehen, die zur ernstesten Lebensfrage werden können. — Ich bitte allejenigen, welche entweder über Brust-, Hals- oder Lungenleiden klagen, sei es in den ersten Anfängen oder in dem äußersten Stadium des Krankseins sich vertraulich in francirenden Briefen an mich zu wenden und in kurzer Angabe den gegenwärtigen Stand

Wiener Café „Bur Börse“

Langenmarkt No. 9, Danzig,

Echtes Wiener Märzen-Bier

aus der A. Dreher'schen Brauerei in Klein Schwechat bei Wien,
à Glas 30 Pfennige.

Josef Dobiasch.

9899

Hente Nachmittag 2½ Uhr entschließt sanft
nach langem schwerem Leiden Frau
Barline Dobenhoff geb. Nein in ihrem
46. Lebensjahr. Allen Theilnehmenden
diese traurige Anzeige.

Danzig, d. 23. November 1877.

9911) Die Hinterbliebenen.

Hente früh starb unsere liebe Elise im
Alter von 1 Jahr und 3 Monaten.

Dieses zeigen siebzehn an

Danzig, den 23. November 1877.

Georg und Selma Lichtenfeld

geb. Sternfeld.

9903) 1877.

Hotel- und Bade-Zeitung.

Organ für Reise- und Verkehrs-Verhältnisse

aller Länder der Erde. Unter Mitwirkung

von C. Stangen's Reisebüro in Ber-

lin. Herausgegeben von Dr. C. H.

Schulz, erscheint monatlich 2 Mal.

Aboonnement 1 Jahr 10 M., ½ Jahr 5 M.

Adressen-Aboonnement: Abonnement m. regelm.

Interration einer Adressen e. Geschäftsnote v.

3 Zeilen Raum (jede Zeile 2 M.) 30 M.

Interration 3 gepalvte Petzzeile 40 M. Bei

Wiederholung Rabatt.

Abonnements und Insertionsanträgen

durch L. G. Romann's Buchhandlung,

Browne & Bent, Danzig,

Jopengasse 19. (9912)

Liberale, reichhaltigste und
billigste Berliner Abend-
Zeitung.

Deutsche Union

Aboonnement für December

zu Mark 1,70

kann bei jeder Postanstalt angemeldet

werden.

Am 1. December beginnt in unserem
Feuilleton ein neuer Roman „Ade-

laide“, welcher sicher das grösste
Aufsehen erregen wird.

Bei der fortgesetzten Steigerung

unserer Auflage und der dadurch be-

dingten Mehrkosten müssen wir

unsern Insertionspreis wieder auf

40 Pf. erhöhen.

Gratis: Die Sonntagsbeilage

„Deutsches Heim“. [9879]

Die Expedition SW.

Berlin, Zimmerstr. 94.

Verlag von B. F. Voigt in Weimar.

Die moderne

Bautischlerei

für

Tischler und Zimmerleute.

Neunte verb. u. verb. Aufl.

von A. W. Hertel's

„moderne Bautischlerei“.

Herausgegeben von

August Graef,

Zeichenlehrer u. Herausgeber des „prakti-

schischen Journals für Bau und Möbel-

tischler“ in Erfurt. (9209)

Mit einem Atlas,

enthält 82 Queratafeln; außerdem enthält

der Text 106 Holzschnitte.

1877. gr. 8. Geh. 10 M. 50 M.

Vorrätig in allen Danziger

Buchhandlungen. (H 35370)

D. Johansen, pract. Zahnarzt, Lang-

gasse 83. (vorm. Dr. Haase) Künstl. Zähne

nach neuest. System. Reparaturen. Plomben.

Schwindfuß heilbar.

In meiner Jugend durch ein Ge-

heimmittel von dieser furchterlichen

Fräigkeit geheilt, habe ich nach 45

Jahren dieses bekannt gemacht und

seit der Zeit die schönsten Resultate

und die herzigsten Danksgaben er-

zielt; ich bitte daher alle Brüderleben-

den, sich vertrauensvoll an mich zu

wenden. (9358)

A. Freitag,

Gutsbesitzer in Bromberg.

Hiemit die ergebene Anzeige,
dass ich vom 20. d. Monats
das Fleischergeschäft Altstädt.
Graben 32 übernommen habe.

Auguste Kollwitz.

Lebende Puten,
Magdeburg. Sauerkohl,
Türkisch. Pflaumenkreide
empfiehlt Ignatz Potrykus.

Zahnschmerzen
werden sofort befeitigt durch das be-
rühmte sichere Mittel

Indischer Extract!

Bu haben bei (6480)

Richard Lenz, Danzig.

Restaurant Punschke,

Jopengasse 24.

Den Empfang des vorzüglichsten

Böhmisches Märzenbieres

zeigt ergebnist an und verzapft dasselbe von heute ab à Glas 15 M.

Hochachtungsvoll

Adolph Punschke.

Eduard Loewenthal, Berlin

II, Gertraudenstraße 11,

empfiehlt sein mit vielen Neuheiten

verschneites Engros = Lager sämtlicher Papiere,
Schreibmaterialien, Leder- und
Kurzwaren.

Preise außergewöhnlich billig.

Der Engros-Verkauf ist vom Detail-Geschäft
vollständig getrennt. [9813]

Aufführung des „Danziger Gesang-Vereins“.

Sonnabend, den 8. December 1877.

Abends 7 Uhr,

im großen Saale des Schützenhauses:

Die Jahreszeiten

von Jos. Haydn,

unter Leitung des Königl. Musik-Director Herrn H. Laudenbach, und gütiger

Mitwirkung:

der Opernsängerin Fräulein Baldamus vom hiesigen Stadt-Theater,
des Oratoriensängers Herrn Felix Schmidt, Lehrer an

der Hochschule für Musik

aus Berlin.

des Oratoriensängers Herrn Spörry

Nunzirte Plätze à 3 M. bei Herrn Constantin Ziemssen, Musikalien-

Handlung, Langgasse No. 77. (9698)

Einem hochgeehrten Publikum empfiehlt ich
meine oberen Lokalitäten zu Hochzeiten, Ballen,
Diners, Dejeuners, Soupers, sowie jeder anderen
Festlichkeit.

Hochachtungsvoll

Julius Frank,

Brodbänkengasse 44.

Lokalmiethe und Beleuchtung wird nicht berechnet.

Ihrer Kais. Kgl. Hohheit der Frau Kronprinzessin gewidmet

Gustav Freytag-Galerie

Photographien nach Originalgemälden

C. Becker, R. Beyschlag, W. Camphausen, W. Diez, C. E. Doepler, Jos. Flüggen, E. Grützner, Graf Harrach, A. v. Heyden, C. Hoff, E. Hünten, H. Kaulbach, O. Knille, A. Liezen-Mayer, W. Lindenschmit, H. Lossow, G. Max, Ad. Mensel, P. Meyerheim, Fr. Piloty, G. Spangenberg, P. Thumann, A. Wagner, O. Wissenski.

I. Kaiser-Ausgabe

88 × 63 Cent. à Blatt 20 M. antik ge-

schnitten Holzrahmen dazu 16 M.

II. Cabinet-Ausgabe

18 × 12 Cent. 12 Bl. cpl. 15 M., à Bl. 1 M.

50 Pf. (mit Text). Eleg. Holzkästchen 3 M.

Kunst-Verlag von Edwin Schloemp in Leipzig.

Rheumatismus- und Gichtkrank.

Der Balsam Bisninger hilft all' Denjenigen, die, an Rheuma- tismus leiden auf wunderbare Weise. Seit die Wirkung des selben in dieser Gegend bekannt, ganz besonders die Genesung des Abkommens Herrn Klunk, kommen Leute aus der ganzen Umgegend und erlichen mich, Bestellungen zu machen. Mit Freunden komme ich diesem Wunsche nach. (Folgt Bestellung) Tötlingen, Post Falckenberg, Lothringen. (8376) 22/3. 77.

Brill, Lehrer.

*) Zu beziehen durch Richard

Lenz, Danzig, Brodbänkengasse.

Goldfische

empfiehlt August Hoffmann. [9689]

Kohlen-Ersparniß!

Der doppelt ventilirte Schaufrost, Patent Henzel, verwendbar für alle gewerblichen Feuerungen: für Dampfkessel aller Art, für Dampfschiffe, Del., Mühl- und Schneidemühlen, Brennereien, Brauerei, Därren, Kali- und Ziegelöfen &c. ergibt bis 20% Kohlenersparniß bei großer Dauerhaftigkeit. Mehrere Roste mit gutem Erfolg bereits in Elbing im Betriebe. Zu beziehen durch

Wilh. Netke,

Civilingenieur in Elbing.

Rübfuchen

von vorzüglicher Qualität offerirt billigt

H. v. Morstein,

9176) Hundegasse Nr. 91.

Analysen stehen zur Verfügung u. werden auf Wunsch gratis zugestellt.

Eine Waggon-Ladung

weiter Eßkartoffel

ist in Utrinken bei Neidenburg zum Preise von 1 M. 60 M. pro Scheffel zu verkaufen. Lieferung franco Bahnhof Gr. Koslau (Marienburg-Mlawka Bahn.)

Ein lippiges Rittergut (Insel) am Schiffbar. Wasser m. Fahr. n. d. Stadt n. Einen. i. Westf. 362 Morg., davon 48 Morg. upp. Wiel, außer, ib. 20 Morg. Torfb., 260 Morg. Weiz. Gerbstod, 20–30 Morg. Rogg. Kartoffels. 12 Morg. upp. Lügendorf. Alles i. höchst Cultur m. voll Ernte, wovon noch nichts gedrosch, vorsätzl. Lage zu Gemüse u. Milcherei. Acker ist mit Dunk f. 1500 M. gefüllt, 8 Pferd. 20 Kühs Inventar vollständ. Nur Droschkeselmasch. 600 M. beahlt. Gebäude elegant u. s. neu, Gebäudefersch. 15 000 M., ist für 29 000 M. bei 8 bis 10 000 M. Aufzahl. w. e. Rittergut. d. anf. 4 große Rittergüter best. Hypoth. 15 Jahre seit ist sofort zu verkaufen. Selbstkäuf. können durch mich diese Goldgrube kaufen und unterhandeln, auch eignet es sich zur Parzellierung. Neueste Messung beträgt üb. 400 Morg. vom Jahre 1861.

Obige Auskunft ertheilt

Franz Feichtmeyer

i. d. Cigarrenfabrik Langgasse 35.

Rankheitshalber beabsichtige